

Kandidatur für die Landesliste zur Wahl des 21. Deutschen Bundestages

Carolin Held

Geburtsdatum: 30.06.1994

Wohnort: Erfurt

Beruf bzw. Tätigkeit: Dezernentin im Thüringer Landesamt für Verbraucherschutz

Beruflicher Werdegang/Kurzbiografie

Nach meinem Realschulabschluss habe ich eine Ausbildung zur Kinderpflegerin und anschließend zur Heilerziehungspflegerin sowie mein Fachabitur gemacht. Im Rahmen dessen habe ich in versch. sozialen Einrichtungen gearbeitet.

2018 habe ich mich dazu entschieden Gesundheitspsychologie Bachelor of Arts zu studieren. Nach meinem Bachelorstudium habe ich ein Jahr an der Astrid-Lindgren Grundschule in Erfurt gearbeitet. 2020 begann ich mein Masterstudium an der Uni EF (Gesundheitskommunikation M. Sc.).

2022 wurde ich die persönliche Referentin der Ministerin Karawanskij (Ministerium für Infrastruktur, Verkehr, Bau, Forst und Landwirtschaft).

Mai 2024 wurde ich Dezernentin im Landesamt für Verbraucherschutz (Interne Kommunikation, Pressearbeit, Personalangelegenheiten)

Politische Kurzbiografie

- 2019 Eintritt in die Partei
- 2020 Stadtvorstand Stadtverband Erfurt
- 2022 Persönliche Referentin bei Ministerin Susanna Karawanskij (TMIL)
- 2024 zum Landtagswahlkampf in TH DirektKandidatin für den WK Eichsfeld I
- 2024 Stellvertretende Stadtvorsitzende Stadtverband Erfurt
- Delegierte auf zahlreichen Parteitagen

Kandidatur für die Landesliste zur Wahl des 21. Deutschen Bundestages

Beweggründe für die Kandidatur

Mit meiner Kandidatur für den Deutschen Bundestag auf der Landesliste möchte ich die politischen Herausforderungen, die ich auf kommunaler Ebene täglich erlebe, auf die Bundesebene tragen. Ob Klimaschutz, gerechte Steuerpolitik, bezahlbares Wohnen oder nachhaltige Mobilität – viele Weichenstellungen für unsere Städte werden in Berlin getroffen. Ich kandidiere, um eine Politik mitzugestalten, die sozial gerecht, ökologisch konsequent und nah an den Bedürfnissen der Menschen ist.

Der Klimawandel ist auch in unseren Städten spürbar – sei es durch Hitzewellen, Starkregen oder steigende Energiepreise. In Erfurt setze ich mich für mehr Grünflächen, den Ausbau erneuerbarer Energien und klimagerechte Stadtplanung ein. Doch echte Fortschritte gelingen nur, wenn der Bund klare und ambitionierte Vorgaben macht: ein verbindliches Klimaschutzgesetz, eine echte Energiewende und Förderprogramme, die Kommunen stärken, statt sie mit bürokratischen Hürden auszubremsen.

Im Stadtrat habe ich mich intensiv mit der kommunalen Steuerpolitik beschäftigt. Klar ist: Ohne ausreichende finanzielle Mittel können wir die Herausforderungen unserer Zeit nicht bewältigen. Der Bund muss endlich für eine gerechtere Steuerpolitik sorgen, die hohe Vermögen stärker in die Verantwortung nimmt und Kommunen die nötigen Mittel bereitstellt. Es kann nicht sein, dass soziale und ökologische Projekte an finanziellen Engpässen scheitern, während Konzerne Steuerschlupflöcher nutzen.

Eine lebenswerte Stadtentwicklung ist für mich ein Kernanliegen. Die Innenstadt muss ein Ort der Begegnung bleiben, mit Grünflächen, Kulturangeboten und Platz für soziale Teilhabe. Gleichzeitig kämpfen wir in Erfurt – wie viele andere Städte – mit steigenden Mieten und der Verdrängung von Menschen mit geringem Einkommen. Ich möchte mich im Bundestag für einen konsequenten Mietendeckel, die Förderung des sozialen Wohnungsbaus und gegen die Spekulation mit Wohnraum einsetzen. Wohnen darf kein Luxus sein!

Eine nachhaltige Mobilität ist entscheidend für die Verkehrswende. In Erfurt setze ich mich für den Ausbau des ÖPNV, sichere Radwege und eine Stärkung des Umweltverbunds ein. Doch viele Maßnahmen scheitern an bundespolitischen Vorgaben und fehlender Finanzierung. Ich werde mich im Bundestag für mehr Investitionen in den Schienenverkehr, eine faire Finanzierung des Nahverkehrs und eine Verkehrspolitik stark machen, die Städte von Lärm und Abgasen entlastet.

Meine Erfahrungen im Stadtrat haben mir gezeigt, wie eng kommunale Herausforderungen mit Bundes- und Landesgesetzen verknüpft sind. Ob es um Klimaanpassung, den Bau neuer Schulen oder die Verkehrswende geht – viele Entscheidungen werden vor Ort umgesetzt, aber in Berlin beschlossen. Ich möchte die Perspektive der Kommunen im Bundestag stärken und dafür sorgen, dass Bundespolitik die Handlungsspielräume vor Ort erweitert.

Meine Kandidatur ist eine Einladung, gemeinsam an einer Gesellschaft zu arbeiten, die niemanden zurücklässt. Ich stehe für eine Politik, die soziale Gerechtigkeit und Klimaschutz miteinander verbindet, und möchte meine Erfahrungen aus der Kommunalpolitik nutzen, um diese Ziele auch auf Bundesebene voranzutreiben.